

Integrationskurse verbessern und verbindlicher machen

Integrationskurse sind ein unverzichtbares Instrument für eine gelingende Integration. Rund die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließt den Integrationskurs jedoch nicht erfolgreich ab, meist aufgrund der Deutschprüfung. Die Fraktionen von CDU und FDP setzen sich daher für bessere Lernbedingungen ein. Die Landesregierung soll über eine Bundesratsinitiative darauf hinwirken, dass die Kursgrößen reduziert werden können. Teilnehmern ohne Schulabschluss und anderen Qualifikationen sollen mehr Stunden eingeräumt werden. Maßnahmen zur Alphabetisierung sollen erhöht werden. Zudem soll die Landesregierung die Zielgruppe der Mütter noch stärker in den Blick nehmen.

→ [Antrag: Qualität von Integrationskursen verbessern](#)

Beihilfe: bürokratischen Aufwand minimieren

Die private Krankenversicherung mit anteiliger Beihilfeerstattung wird von den Landesbeamten sehr geschätzt. Allerdings können bei hohen Rechnungen von Ärzten und für Arzneimittel erhebliche finanzielle Belastungen und zeitintensiver bürokratischer Aufwand entstehen. Ehemalige Beschäftigte und dauerhaft Erkrankte sind davon besonders betroffen. Die Fraktionen von FDP, CDU und SPD beauftragen die Landesregierung, die Voraussetzungen für die Direktabrechnung von Leistungen zu schaffen sowie zu prüfen, wie Bearbeitungsaufwand und -zeiten der Beihilfe bei gleichbleibender Qualität reduziert werden können.

→ [Antrag: Beihilferecht entbürokratisieren und weiterentwickeln](#)

Potenziale der Solarenergie nutzen

Die Energiewende muss versorgungssicher, bezahlbar und umweltverträglich gelingen. Solarenergie ist dabei ein wesentlicher Bestandteil des Energiemixes, mit dem CDU und FDP die Energiewende zu einem Erfolg machen wollen. Mit dem von der Landesregierung eingeführten Solarkatster kann sich mittlerweile jeder Dachbesitzer den energetischen und finanziellen Ertrag einer Photovoltaik-Anlage anzeigen lassen.

Bislang werden aber nur 2,8 Prozent des nordrhein-westfälischen Stromverbrauchs aus Photovoltaik-Dachanlagen erzeugt. Die Nachbarländer, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz weisen hingegen einen deutlich höheren Ausbaustand bei der Solarenergie aus. Für FDP und CDU steht deswegen die öffentliche Hand in besonderer Verantwortung. Die NRW-Koalition will, dass das Land eine Vorreiterrolle bei der Energiegewinnung aus Sonnenkraft einnimmt.

Öffentliche Gebäude, aber auch Straßenränder und Wasserflächen sollen als potentielle Standorte für die Installation von Photovoltaik-Anlagen in den Blick genommen werden. Ebenfalls geprüft werden soll die Entschärfung von Konflikten mit dem Denkmalschutz. Einen entsprechenden Prüfauftrag haben die Koalitionsfraktionen in den Landtag eingebracht. Die Fraktionen von FDP und CDU beauftragen die Landesregierung, Konzepte für einen schnellen Photovoltaik-Ausbau in NRW zu entwickeln und technologische Lösungsansätze für den urbanen Raum zu unterstützen.

→ [Antrag: Potenziale der Photovoltaik ausschöpfen](#)



Europa moderner machen –
Zusammenarbeit intensivieren

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen leben seit Jahrzehnten eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den niederländischen und belgischen Nachbarn. Was ist bislang erreicht worden, wo stehen wir aktuell und was sind die Projekte der Zukunft? Diese Fragen diskutierte die FDP-Landtagsfraktion auf ihrem Europa-Kongress im Plenarsaal des Landtags.

200 Gäste aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland erlebten spannende Diskussionsrunden zu den Themen grenzüberschreitender Arbeitsmarkt sowie Wissenschaft, Forschung und Lehre dies- und jenseits der Grenzen. Gastredner auf Einladung der Freien Demokraten waren Wepke Kingma, Botschafter der Niederlande in Deutschland, und Alexander Miesen, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien.

→ [Video: Europa-Kongress der FDP-Landtagsfraktion](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Mehr Wohnraum für Studierende

In Nordrhein-Westfalen ist studentischer Wohnraum knapper geworden. Die Fraktionen von CDU und FDP beauftragen die Landesregierung, die Eignung von Grundstücken und Gebäuden aus dem Besitz Nordrhein-Westfalens für studentisches Wohnen sowie die finanzielle Ausstattung von Studierendenwerken für den Erhalt studentischer Wohnungen zu prüfen. Es soll außerdem ein Gutachten zum Sanierungs- und Instandhaltungszustand in Studierendenunterkünften und Studierendenwerken erstellt werden, das Handlungsoptionen aufzeigt.

→ [Antrag: Studentisches Wohnen für die Zukunft stärken](#)

Kunst- und Kulturbetrieb wird digital

Die Digitalisierung bietet für den Kunst- und Kulturbetrieb große Chancen und eröffnet neue Möglichkeiten kultureller Teilhabe für alle. Um diese Chancen zu nutzen, sind neue Formate aber auch Weiterbildung und Qualifizierung nötig. Die Landesregierung wird damit beauftragt, den Zugang zum kulturellen Erbe Nordrhein-Westfalens für die Wissenschaft und für die Öffentlichkeit zu gewährleisten. Kulturgüter sollen digital zugänglich gemacht und die digitale Infrastruktur von Museen soll verbessert werden.

→ [Antrag: Fit für die Zukunft und für neue Zielgruppen](#)

Sichere Herkunftsstaaten

Auf Antrag der Fraktionen von FDP und CDU hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Anerkennung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer debattiert. Die Entscheidung des Deutschen Bundestags, Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, wird von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat unterstützt. Das Instrument der sicheren Herkunftsstaaten ist ein notwendiges rechtsstaatliches Mittel, das Verfahrensvorgaben, Klagemöglichkeiten und Rückführungspflicht in Einklang bringt und damit hilft, die Akzeptanz für das Asylrecht dauerhaft zu erhalten. Gleichzeitig wurden zusätzliche Schutzinstrumente für besonders gefährdete Gruppen geschaffen. Denn klar ist: Deutschland ist und bleibt ein sicherer Zufluchtsort für jene Menschen, die Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen.

→ [Antrag auf Aktuelle Stunde](#)